





menen Bestellung ist auf Erfordern glaubhaft zu machen. Die Aufforderung kann durch öffentliche Bekanntmachung erfolgen.

§ 2. Soweit der Nutzungsberechtigte die Bestellung nicht übernimmt oder die Möglichkeit der Bestellung nicht glaubhaft macht oder die Aufforderung unbeantwortet läßt, oder wenn er nicht erreicht werden kann, ist die untere Verwaltungsbehörde befugt, die Nutzung des Grundstücks mit Zubehör ganz oder zum Teil längstens bis Ende des Jahres 1915 dem Berechtigten zu entziehen und dem Kommunalverbande zu übertragen.

§ 3. Der Kommunalverband hat bei der Nutzung des Grundstücks nach den Regeln einer ordnungsmäßigen Wirtschaft zu verfahren, soweit dies nach den besonderen durch den Krieg geschaffenen Verhältnissen tunlich ist. Inwieweit der Kommunalverband dem Nutzungsberechtigten eine Entschädigung zu gewähren hat, bestimmt die untere Verwaltungsbehörde bei der Uebertragung. Für die Aufwendung des Kommunalverbandes hat der Eigentümer oder sonstige Berechtigte nicht einzutreten.

§ 4. Aus Gründen der Billigkeit kann die untere Verwaltungsbehörde die Rückgabe der Grundstücke an den Berechtigten bereits zu einem früheren Zeitpunkt als dem zunächst bestimmten verfügen. Bei der Auseinandersetzung (§ 5) hat ein angemessener Ausgleich zu erfolgen.

§ 5. Ueber die Auseinandersetzung zwischen dem Kommunalverband und dem Eigentümer sowie den sonstigen Nutzungsberechtigten beschließt auf Antrag die untere Verwaltungsbehörde nach billigem Ermessen unter Ausschluß des Rechtswegs.

§ 6. Gegen die Verfügungen der unteren Verwaltungsbehörde nach §§ 1 bis 4 ist binnen einer Woche, gegen die Beschlüsse nach § 5 binnen einem Monat die Beschwerde bei der höheren Verwaltungsbehörde zulässig. Die Entscheidung ist endgültig.

§ 7. Personen, die wegen des Einbruchs feindlicher Truppen ihre bisherige landwirtschaftliche Beschäftigung aufgegeben haben, können nach dem 31. Juli 1914 geschlossene Verträge, die sie zu Diensten außerhalb des Bezirkes ihrer früheren Beschäftigung verpflichtet, befristet Rückkehr dorthin mit fünfjähriger Frist kündigen. Die Kündigung muß binnen drei Wochen erklärt werden; diese Frist beginnt mit dem Tage der Verkündung der Verordnung. Bedarf es zur Rückkehr einer behördlichen Erlaubnis, so läuft die Frist von dem Tage, an dem diese Erlaubnis dem Flüchtling bekannt geworden ist.

Die Landeszentralbehörde bestimmt die Bezirke, auf die diese Vorschrift Anwendung findet.

§ 8. Die Landeszentralbehörde erläßt die erforderlichen Ausführungsvorschriften.

§ 9. Sofern die Sicherung der Ackerbestellung im Wege der Landesgesetzgebung herbeigeführt ist, finden die §§ 1 bis 6 dieser Verordnung keine Anwendung.

§ 10. Diese Verordnung tritt mit dem Tage der Verkündung in Kraft.

Berlin, den 31. März 1915.

Der Stellvertreter des Reichskanzlers.  
Deßbrück.

### Bekanntmachung

über die Sicherung der Ackerbestellung. Vom 9. April 1915.

§ 1. Im Sinne der Bundesratsverordnung über die Sicherung der Ackerbestellung vom 31. März 1915 (R.G.B. S. 210) sind:

- a) untere Verwaltungsbehörde das Kreisamt;
- b) Kommunalverband der Kreis;
- c) höhere Verwaltungsbehörde der Kreisausschuss.

§ 2. Die Kreisämter haben die Nutzungsberechtigten von Landgütern und landwirtschaftlichen Grundstücken, die ihre Grundstücke voraussichtlich nicht bestellen oder bei denen die Bestellung zweifelhaft ist, durch die Ortspolizeibehörden schriftlich oder durch ortsübliche Bekanntmachung mit kurzer Frist zu einer Erklärung darüber auffordern zu lassen, ob sie ihre gesamte Ackerfläche bestellen wollen oder welche Stücke davon unbestellt bleiben sollen. Die Möglichkeit der in Aussicht genommenen Bestellung ist glaubhaft zu machen.

§ 3. Soweit Nutzungsberechtigte die Bestellung nicht übernehmen oder die Möglichkeit der Bestellung nicht glaubhaft machen oder die Aufforderung unbeantwortet lassen, oder wenn Nutzungsberechtigte nicht erreicht werden können, ist ein Verzeichnis nach dem hierunter abgedruckten Muster von der Ortspolizeibehörde aufzunehmen und auf kürzestem Wege Großh. Kreisamt vorzulegen.

§ 4. Der Kommunalverband kann die ihm zugewiesenen Rechte und Pflichten auf die Gemeinde übertragen, in deren Gemarkung das zu bebauende Grundstück liegt.

Darmstadt, den 9. April 1915.

Großh. Ministerium des Innern.

v. Hombergk.

Krämer.

Kreis . . . . .

Gemarkung . . . . .

### Verzeichnis

der landwirtschaftlichen Grundstücke, für die auf Grund von § 2 der Bundesratsverordnung über die Sicherung der Ackerbestellung vom 31. März 1915 (R.G.B. S. 210) nach ergangener Aufforde-

rung die Nutzung den Nutzungsberechtigten entzogen und dem Kommunalverband übertragen werden soll.

Route Nr.	Des Grundstücks		Eigenschaft des Nutzungsberechtigten (ob Eigentümer, Pächter usw.)	Grund der Entscheidung der Nutzung	Unterschrift des Nutzungsberechtigten, soweit er erreichbar ist
	Blut Nr.	Flächenmaß in Morgen (¼ ha)			

Wird Großh. Kreisamt . . . . . vorgelegt.

. . . . ., den . . . April 1915.

Die Ortspolizeibehörde.

### An den Oberbürgermeister der Stadt Siegen und an die Großh. Bürgermeisterien der Landgemeinden des Kreises.

Wir empfehlen Ihnen, vorstehende Bekanntmachungen alsbald in ortsüblicher Weise zu veröffentlichen.

Gleichzeitig wollen Sie diejenigen Nutzungsberechtigten von Landgütern und landwirtschaftlichen Grundstücken, die ihre Grundstücke voraussichtlich nicht bestellen oder bei denen die Bestellung zweifelhaft ist, durch ortsübliche Bekanntmachung mit Frist von 48 Stunden auffordern zu einer Erklärung, ob sie ihre gesamte Ackerfläche bestellen wollen oder welche Stücke davon unbestellt bleiben sollen. Die Möglichkeit der in Aussicht genommenen Bestellung der Acker muß Ihnen glaubhaft gemacht werden.

Die Vorschriften beziehen sich auch auf Grundstücke, die im Eigentum der Gemeinden und Kirchen stehen.

Bis spätestens zum 20. d. M. ist uns das Verzeichnis nach dem oben vorgeschriebenen Muster oder Fehlbildet einzureichen.

Siegen, den 12. April 1915.

Großherzogliches Kreisamt Siegen.

Dr. Usinger.

### Bekanntmachung.

Betr.: Den Verkehr mit Futtermitteln.

Nachstehend abgedruckte Anordnungen werden hiermit zur allgemeinen Kenntnis gebracht.

Siegen, den 10. April 1915.

Großherzogliches Kreisamt Siegen.

Dr. Usinger.

### Bekanntmachung

über den Verkehr mit Futtermitteln.

Vom 31. März 1915.

Der Bundesrat hat auf Grund des § 3 des Gesetzes über die Ermächtigung des Bundesrats zu wirtschaftlichen Maßnahmen usw. vom 4. August 1914 (Reichs-Gesetzbl. S. 317) folgende Verordnung erlassen:

§ 1. Den Vorschriften dieser Verordnung unterliegen folgende Futtermittel und Hilfsstoffe, sowie die daraus hergestellten Mischfuttermittel:

A. Körnerfutter: Mais, Johannisbrot (auch geschrotet), Ackerbohnen, Sojabohnen, Wicken.

B. Abfälle der Mälerei: Erdnußschalen und -Kerne, Haserpelzen, Dirschalen, Reiskleie und -spelzen, Haserfleie, Reiskleie, Haserfutterspelzen, Erbsenschalen und -Kerne, Grauvutter, Gerstenkleie, Weizen- und Roggenkleie, die vor dem Inkrafttreten dieser Verordnung aus dem Ausland eingeführt ist, Maisabfälle (Homoc, Homint, Maisena usw.).

C. Abfälle der Zucker- und Stärkfabrikation sowie der Gärungsgewerbe: Kartoffelspäße, getrocknet, Getreidetreber, getrocknet, Roggenklempen, getrocknet, Zuckerrüben, getrocknet (als Viehfutter), Viertreber, getrocknet, Maiskleime, getrocknet, Maisfäule, getrocknet, Dese, getrocknet (als Viehfutter).

D. Oelfutten: Rapsfuchsen, Federfuchsen, Rübsenfuchsen, Leinötfuchsen, Rapsfuchsen, Nigelfuchsen, Sonnenblumenfuchsen, Rohnfuchsen, Palmkernfuchsen, Sesamfuchsen, Sesamfuchsen in Deutschland geschlagen, Sojabohnenfuchsen, Leinfuchsen, Kollfuchsen, Maisfuchsen, Maiskeimfuchsen, Baumwollsaatfuchsen, Erdnußfuchsen, Mehle aus Oelfuchsen.

E. Oelmehle (durch Extraktion gewonnen): Palmkernmehl und -schrot, Raps- und Rübsenmehl, Leinmehl und -schrot, Kollmehl und -schrot, Sojamehl und -schrot.

F. Tierische Produkte und Abfälle: Tierkörpermehl, Rabavermehl, Deringmehl, Walfischmehl, Fischfutterspelzen, Dorschmehl, fettreich, Dorschmehl, fettarm, Fleischfuchsen, Fleischfuchsen, gemahlen, Blutmehl, Fettgrieben, Fleischfutterspelzen.

G. Hilfsstoffe: Torfstreu, Torfmüll, Futterkalk, kohlensaurer und phosphorsaurer, fertig präpariert.

§ 2. Wer Gegenstände der im § 1 genannten Art mit Beginn des 8. April 1915 in Gewahrsam hat, ist verpflichtet, die vorhandenen Mengen, getrennt nach Arten und ihren Eigentümern, unter



**Benennung der Eigentümer der Bezugsvereinigung der deutschen Landwirte, G. m. b. H. in Berlin, anzuzeigen.** Wer solche Gegenstände im Betriebe seines Gewerbes herstellt, hat ihr anzuzeigen, welche Mengen er voraussichtlich bis zum 1. Juni 1915 herstellen wird. Die Anzeigen sind am 8. April 1915 abzusenden.

Die in § 4 bezeichneten Personen haben, soweit sie vorhandene Mengen zur Erfüllung von Verträgen bedürfen, die gemäß § 4 zu berücksichtigen sind, gleichzeitig den Nachweis hierfür beizubringen.

Der Anzeigepflicht unterliegen nicht:

1. Mengen unter einem Doppelzentner von jeder Art,
2. Mengen, die der Anzeigepflichtige selbst verbraucht.

§ 3. Wer Gegenstände der im § 1 genannten Art im Betriebe seines Gewerbes herstellt oder mit ihnen handelt, darf sie vom 15. April 1915 ab nur durch die Bezugsvereinigung der deutschen Landwirte abgeben.

Dies gilt auch insoweit, als Lieferungsverträge abgeschlossen und vertragsgemäß nach dem 14. April 1915 zu erfüllen sind.

Diese Vorschriften gelten nicht für das Abgeben dieser Gegenstände durch Händler, die sie von den Kommunalverbänden oder den vom Reichskanzler bestimmten Stellen (§ 7) erhalten haben.

§ 4. Wer Gegenstände der im § 1 genannten Art im Betriebe seines Gewerbes herstellt oder mit ihnen handelt, ist vom Tage des Inkrafttretens dieser Verordnung an verpflichtet, sie der Bezugsvereinigung auf Verlangen käuflich zu überlassen. Er darf die Vorräte zurückbehalten, die weniger als einen Doppelzentner von jeder Art betragen oder zum eigenen Verbrauch oder zur Erfüllung von Verträgen erforderlich sind, soweit solche Verträge nachweislich vor dem Inkrafttreten dieser Verordnung geschlossen und vertragsgemäß vor dem 15. April 1915 zu erfüllen sind.

§ 5. Die Bezugsvereinigung hat die Mengen, deren Ueberlassung sie verlangt, bis zum 1. Juni 1915 abzunehmen. Für Mengen, welche die Bezugsvereinigung nicht bis zum 1. Juni 1915 abgenommen hat, erlischt mit diesem Tage die Abgabepflicht nach § 3.

§ 6. Die Bezugsvereinigung hat dem Verkäufer für die von ihr übernommenen Mengen einen angemessenen Uebernahmepreis zu zahlen. Neben dem nachgewiesenen Herstellungs- oder Erwerbspreis ist hierbei ein angemessener Zuschlag für Zinsen, Unkosten und Gewinn zu gewähren.

Preise, die in Verträgen vereinbart worden sind, welche nach dem 15. März 1915 geschlossen sind, brauchen bei Feststellung des Erwerbspreises nicht berücksichtigt zu werden.

Kommt zwischen den Beteiligten eine Einigung über den Uebernahmepreis nicht zustande, so entscheidet die zuständige höhere Verwaltungsbehörde endgültig.

Für Waren, die im Eigentum eines Ausländers stehen und zum Verkauf im Inland bestimmt sind, wird der Uebernahmepreis von der zuständigen Handelskammer endgültig festgesetzt.

Der Reichskanzler kann die weiteren Bedingungen der Ueberlassung festsetzen.

§ 7. Die Bezugsvereinigung darf nur an Kommunalverbände oder an die vom Reichskanzler bestimmten Stellen abgeben.

Der Reichskanzler bestimmt die Bedingungen, unter denen die Bezugsvereinigung die von ihr übernommenen Vorräte zu verteilen und abzugeben hat.

Der Bezugsvereinigung wird ein Beirat beigegeben, dessen Mitglieder vom Reichskanzler ernannt werden.

§ 8. Der Reichskanzler bestimmt, zu welchen Preisen die Vorräte an die Verbraucher abzugeben sind. Zu diesen Preisen dürfen insgesamt 7 vom Hundert zugeschlagen werden, und zwar 4 vom Hundert für die Bezugsvereinigung und 3 vom Hundert für den Weiterverkäufer; außerdem dürfen die Transportkosten zugeschlagen werden.

§ 9. Die Bezugsvereinigung darf von dem Zuschlag von 4 vom Hundert (§ 8) einen Anteil von 0,2 als Vermittlungsvergütung zurückbehalten.

Der verbleibende Anteil von 3,8 ist zur Beschaffung von Futtermitteln aus dem Ausland zu verwenden. Ueber einen etwa verbleibenden Rest verfügt der Reichskanzler.

§ 10. Der Reichskanzler kann von den Vorschriften dieser Verordnung Ausnahmen gestatten.

§ 11. Die Vorschriften dieser Verordnung beziehen sich nicht auf Gegenstände der im § 1 bezeichneten Art, die selbst oder deren Rohstoffe nachweislich nach dem Inkrafttreten dieser Verordnung aus dem Ausland eingeführt worden sind.

§ 12. Die Vorschriften dieser Verordnung gelten nicht für die Zentraleinkaufsgesellschaft m. b. H. in Berlin.

§ 13. Mit Gefängnis bis zu sechs Monaten oder mit Geldstrafe bis zu fünfzehntausend Mark wird bestraft,

1. wer den Vorschriften dieser Verordnung zuwider Futtermittel in anderer Weise als durch die Bezugsvereinigung der deutschen Landwirte abgibt,
2. wer der ihm auf Grund des § 2 Absatz 1 und § 4 obliegenden Verpflichtung nicht nachkommt.

§ 14. Unbeschadet der nach § 13 verwirkten Strafe kann die im § 4 vorgeschriebene Ueberlassung nach Anordnung der Landeszentralbehörde erzwungen werden.

§ 15. Die Landeszentralbehörden erlassen die Bestimmungen zur Ausführung dieser Verordnung. Sie bestimmen, wer als höhere Verwaltungsbehörde und als Kommunalverband im Sinne dieser Verordnung anzusehen ist.

§ 16. Der Reichskanzler ist ermächtigt, die Vorschriften dieser Verordnung auch auf andere als die im § 1 genannten Gegenstände auszudehnen.

§ 17. Diese Verordnung tritt mit dem Tage der Verkündung in Kraft.

Der Reichskanzler bestimmt den Zeitpunkt des Außerkrafttretens.

Berlin, den 31. März 1915.

Der Stellvertreter des Reichskanzlers.

Delbrück.

### Bekanntmachung

über den Verkehr mit Futtermitteln. Vom 7. April 1915.

Auf Grund des § 15 der Verordnung des Bundesrats über den Verkehr mit Futtermitteln vom 31. März 1915 (Reichs-Gesetzblatt Seite 195) wird folgendes bestimmt:

Im Sinne der Verordnung ist:

Kommunalverband das Großherzogtum. Mit der Uebernahme, Verteilung und Abgabe der Futtermittel wird die durch Bekanntmachung vom 17. März 1915 errichtete Verteilungsstelle für Futtermittel in Darmstadt, Bleichstraße 1, beauftragt. Sie hat nach den Bestimmungen über die Errichtung und den Geschäftsbereich der Verteilungsstelle für Futtermittel in Darmstadt von dem gleichen Tage sinngemäß zu verfahren.

Höhere Verwaltungsbehörde ist der Kreisausschuß.

Darmstadt, den 7. April 1915.

Großherzogliches Ministerium des Innern.

v. Homberg.

Krämer.

Betr.: Die Ausstellung von Duplikatsarbeitsbüchern.

### An die Großh. Bürgermeisterien der Landgemeinden des Kreises.

Diejenigen von Ihnen, die im Ri. 1914 Duplikate von Arbeitsbüchern ausgestellt haben, wollen dies alsbald berichten und den Betrag von 50 Pfg. für jedes Duplikat an unseren Kreisfahrscheinern abliefern.

Gießen, den 8. April 1915.

Großherzogliches Kreisamt Gießen.

Dr. Usinger.

Betr.: Ausführung der Polizeiverordnung über das Verteilen der Blutlaus vom 19. November 1904.

### An den Oberbürgermeister der Stadt Gießen und an die Großh. Bürgermeisterien der Landgemeinden des Kreises.

Wir machen darauf aufmerksam, daß der Rundgang der Kommissionen gemäß § 3 der oben erwähnten Polizeiverordnung im Monat April stattzufinden hat. Zur Erspareung von Schreibarbeit wollen wir weiterhin versuchsweise von Vorlage des Protokolls gemäß § 10 absehen und haben das Vertrauen, daß die Kommissionen auch ohne diese Vorlage die ihnen obliegende Tätigkeit gewissenhaft ausüben.

Gießen, den 9. April 1915.

Großherzogliches Kreisamt Gießen.

Dr. Usinger.

### Bekanntmachung.

Wilhelm Diez II. zu Rüdtingshausen ist auf den Forst-, Jagd- und Fischereischuß verpflichtet worden.

Gießen, den 8. April 1915.

Großherzogliches Kreisamt Gießen.

Dr. Usinger.

Betr.: Goldbestand der Reichsbank.

### An die Schulvorstände des Kreises.

Diejenigen von Ihnen, die mit der Erlebigung unserer übergedruckten Verfügung vom 26. Februar l. Jahres noch im Rückstande sind, werden an die alsbaldige Einsendung der Berichte erinnert.

Gießen, den 8. April 1915.

Großherzogliche Kreisschulkommission Gießen.

Dr. Usinger.

Betr.: Förderung der Volksbibliotheken.

### An die Schulvorstände des Kreises.

Zur Unterstützung bestehender Volksbibliotheken werden uns auch in diesem Jahre Mittel zur Verfügung stehen. Anträge auf Beihilfen, denen eine Uebersicht über die für die Unterhaltung der betreffenden Bibliothek verfügbaren Mittel beizugeben ist, wollen Sie uns bis spätestens 15. Mai l. Js. übermitteln.

Gießen, den 10. April 1915.

Großherzogliche Kreisschulkommission Gießen.

J. B.: Hemmerde.

### Bekanntmachung

Betr.: Uebersiedelung schulpflichtiger Kinder in andere Gemeinden.

### An die Ortspolizeibehörden und Schulvorstände des Kreises.

Wir bringen in Erinnerung, daß nach Verfügung Großh. Ministeriums des Innern die Ortschulvorstände sowohl von dem



zu als von dem Wegzuge schulpflichtiger Kinder und Fortbildungsschüler durch die Ortspolizeibehörden zu benachrichtigen sind.  
Gießen, den 10. April 1915.

Großherzogliches Kreisamt Gießen.  
J. B.: Sechler.

**Betr.: Fleischschau; hier: Abrechnung für 1914 H.**  
An die Groh. Bürgermeistereien und die Herren Gemeindevorsteher der Landgemeinden des Kreises.

Bezugnehmend auf unsere Verfügung vom 18. März 1915 — Kreisblatt Nr. 39 — beauftragen wir Sie, die Abrechnung für das H. 1914 bis längstens 1. f. Mts. vorzulegen. Der Abrechnung, die in zweifacher Ausfertigung einzusenden ist, sind die zugehörigen Einnahme- und Ausgabebelege beizufügen.

Gießen, den 9. April 1915.  
Großherzogliches Kreisamt Gießen.  
J. B.: Sechler.

### Bekanntmachung.

**Betr.: Den Ausbruch der Maul- und Klauenseuche in Oberstadt.**  
Nachdem die Seuche in Oberstadt abgeheilt ist, werden die Gemarkungen Arnburg, Ober-Hörgern, Holzheim, Grünungen, Dorf-Will und Ruchenstein aus dem Beobachtungsgebiet entlassen.

Die Gemarkung Oberstadt bleibt bis auf weiteres Sperrgebiet.  
Gießen, den 10. April 1915.  
Großherzogliches Kreisamt Gießen.  
J. B.: Semmerde.

### Bekanntmachung.

**Betr.: Den Ausbruch der Maul- und Klauenseuche in Bellersheim.**

Nachdem die Seuche in Bellersheim abgeheilt ist, werden die Gemarkungen Bettenhausen und Obbornhofen aus dem Beobachtungsgebiet entlassen.

Die Gemarkung Bellersheim bleibt bis auf weiteres Sperrgebiet.  
Gießen, den 12. April 1915.  
Großherzogliches Kreisamt Gießen.  
J. B.: Semmerde.

### Bekanntmachung.

**Betr.: Maßregeln gegen die Maul- und Klauenseuche.**  
Wir bringen zur allgemeinen Kenntnis, daß auf Grund der im Reichsanzeiger veröffentlichten Nachweisung über den Stand der Maul- und Klauenseuche als verheerend zu gelten haben:

1. Im Großherzogtum die Kreise Darmstadt, Bensheim, Dieburg, Erbach, Groh-Gerau, Offenbach, Gießen, Wüdingen, Friedberg, Mainz, Alzen, Bingen, Oppenheim, Worms.
2. Im Reichsgebiet alle Bezirke mit Ausnahme des Bezirks Konstanz.

Gießen, den 12. April 1915.  
Großherzogliches Kreisamt Gießen.  
J. B.: Semmerde.

### Wöchentl. Uebersicht der Todesfälle i. d. Stadt Gießen.

14. Woche. Vom 28. März bis 3. April 1915.

Einwohnerzahl: angenommen zu 32 970 (inkl. 1600 Mann Militär).

Esterlichkeitsziffer: 38,0‰

Nach Abzug von 11 Ortsfremden 20,0.

Es starben an	Bef.	Erwachsene	im 1. Lebensjahr	Kinder vom 2. bis 15. Jahr
Angeborener Lebensschwäche	2	—	2	—
Alterschwäche	2	2	—	—
Matern	2 (1)	—	1	1 (1)
Rechtshusten	3	—	3	—
Miliartuberkulose	1 (1)	1 (1)	—	—
Lungenentzündung	3 (1)	1	2 (1)	—
Gehtenschlag	1	1	—	—
anderen Krankheiten des Nervensystems	2 (1)	1 (1)	1	—
Krebs	3 (2)	3 (2)	—	—
Selbstmord	1 (1)	1 (1)	—	—
Verunglückung	1 (1)	1 (1)	—	—
anderen Todesursachen	3 (3)	3 (3)	—	—
Summa:	24 (11)	14 (9)	9 (1)	1 (1)

Anm.: Die in Klammern gesetzten Ziffern geben an, wie viel der Todesfälle in der betreffenden Krankheit auf von auswärts nach Gießen gebrachte Kranke kommen.

### Markte.

Gießen, 13. April. Marktbericht. Auf dem heutigen Wochenmarkte kostete: Butter das Pfund 1,25—1,35 Mt.; Eihnerer 1 Stück 10—11 Bg., 2 Stück 00 Bg.; Entenerer 1 St. 0 Bg., 2 St. 00 Bg.; Gänsefener 1 St. 0—0 Bg., 2 St. 00 Bg.; Kasse das Stück 7—8 Bg., Käseplatte 2 Stück 6—0 Bg.; Tauben das Paar 1,00—1,40 Mt., Hühner das Stück 1,00—2,50 Mt., Hähnen das Stück 1,00—2,50 Mt., Enten das Stück 2,50—3,00 Mt., Welsche 4—5 Mt.; Ochsenfleisch das Pfund 96—100 Bg., Rindfleisch das Pfund 94—98 Bg., Kalbfleisch 86—90 Bg., Schweine-

fleisch das Pfund 110—116—120 Bg., Kalbfleisch d. Wd. 86—90 Bg., Hammelfleisch das Pfund 90—100 Bg.; Kartoffeln 100 Kilo 12—13,50 Mt., Weißkraut d. St. 20—30 Bg.; Aniseln der Str. 12,00—15,00 Mt.; Milch das Liter 24 Bg.; Kiesel das Pfund 20—30 Bg.; Rüsse 100 Stück 60 Bg. — Marktpreis von 7 bis 1 Uhr.

fr. Frankfurt a. M. Viehhofmarktbericht vom 12. April. Auftrieb: Rinder 1845 (Ochsen 202, Bullen 63, Kühe und Färsen 1420), Rälber 362, Schafe 72, Schweine 2109.

Tendenz: Rinder flott, Rälber und Schafe rubia, geräumt, Schweine gedrückt, geräumt.

Ochsen.	Preis für 100 Pfd. lebend- gewicht.	Schlacht- gewicht.
Vollfleischige, ausgewachsene, höchsten Schlachtwertes, 4—7 Jahre alt	60—64	110—118
Die noch nicht gezogen haben (ungejochte)	55—59	100—105

Bullen.	Preis für 100 Pfd. lebend- gewicht.	Schlacht- gewicht.
Vollfleischige, ausgewachsene, höchsten Schlachtwertes	56—60	95—100
Vollfleischige, jüngere	52—55	90—98
Färsen, Kühe.	Preis für 100 Pfd. lebend- gewicht.	Schlacht- gewicht.
Vollfleischige ausgew. Färsen höchsten Schlachtwertes	52—56	95—100
Vollfleischige ausgew. Kühe höchsten Schlachtwertes bis zu 7 Jahren	51—56	95—100
Wenig gut entwickelte Färsen	47—51	90—96
Melkerei ausgewachsene Kühe	46—50	86—98
Mäßig genährte Kühe und Färsen	37—44	74—88
Gering genährte Kühe und Färsen	30—36	67—80

Rälber.	Preis für 100 Pfd. lebend- gewicht.	Schlacht- gewicht.
Feinste Mastfälscher	60—65	100—108
Mittlere Mast- und beste Saugfälscher	60—65	100—108
Geringere Mast- und gute Saugfälscher	54—58	90—96

Schafe.	Preis für 100 Pfd. lebend- gewicht.	Schlacht- gewicht.
Stallmastschafe:	Preis für 100 Pfd. lebend- gewicht.	Schlacht- gewicht.
Mastlamm und jüngere Masthammel	51—53	110—112

Schweine.	Preis für 100 Pfd. lebend- gewicht.	Schlacht- gewicht.
Vollfleischige Schweine von 80 bis 100 kg Lebendgewicht	95,00—100	110,00—115,00
Vollfleischige Schweine unter 80 kg Lebendgewicht	75,00—90,00	95,00—102,00
Vollfleischige Schweine von 100 bis 120 kg Lebendgewicht	95,00—100	110,00—115,00
Vollfleischige Schweine von 120 bis 150 kg Lebendgewicht	95,00—100	110,00—115,00

fr. Frankfurt a. M., 12. April. (Orig.-Telegr. des Viehhofmarkts.) Der Verkehr hält sich in engen Grenzen. Lediglich Saatware wird bei geringem Angebot zu hohen Preisen gehandelt. In Futtermitteln hat das Geschäft aufgehört, da mit 15. April sämtliche Ware nur durch die Bezugsvereinigung in Berlin abgegeben werden darf. Mais 60—65 Mt., Kofosfuchen 33—34 Mt., Sesamfuchen 32—34 Mt., Palmfuchen 32—33 Mt., Reismehl 34—35 Mt. Alles für 100 kg.

fr. Frankfurt a. M., 12. April. (Orig.-Telegr. des Viehhofmarkts.) Kartoffelmarkt. Kartoffeln im Großhandel Mt. 13,75 bis 14,00 Mt., im Kleinhandel Mt. 15,00—16,00. Alles per 100 kg.

fr. Wiesbaden. Viehhof-Marktbericht vom 12. April. Auftrieb: Rinder 336 (Ochsen 57, Bullen 42, Kühe und Färsen 237), Rälber 524, Schafe 15, Schweine 968.

Marktverlauf: Der Markt verlief rege und hinterließ Ueberstand.

Ochsen.	Preis für 100 Pfd. lebend- gewicht.	Schlacht- gewicht.
Vollfleischige, ausgewachsene, höchsten Schlachtwertes im Alter von 4—7 Jahren	58—64	96—112
Die noch nicht gezogen haben (ungejochte)	52—56	89—95

Bullen.	Preis für 100 Pfd. lebend- gewicht.	Schlacht- gewicht.
Vollfleischige, ausgew. höchsten Schlachtwertes	52—54	92—100
Färsen, Kühe.	Preis für 100 Pfd. lebend- gewicht.	Schlacht- gewicht.
Vollfleischige, ausgewachsene Färsen höchsten Schlachtwertes	54—58	95—104
Vollfleischige ausgewachsene Kühe höchsten Schlachtwertes bis zu 7 Jahren	45—50	90—98
Wenig gut entwickelte Färsen	35—40	76—80

Rälber.	Preis für 100 Pfd. lebend- gewicht.	Schlacht- gewicht.
Mittlere Mast- und beste Saugfälscher	66—70	110—117
Geringere Mast- und gute Saugfälscher	54—62	90—103

Schweine.	Preis für 100 Pfd. lebend- gewicht.	Schlacht- gewicht.
Vollfleischige Schweine von 80 bis 100 kg Lebendgewicht	83—90	100—112
Vollfleischige Schweine unter 80 kg Lebendgewicht	78—82	100—105

Drucksachen aller Art  
liefert in jeder gewünschten Ausstattung preiswert die  
Brühl'sche Universitäts-Druckerei, Schulstr. 7